

Wahrnehmung des Wehrdienstes“ vorbehaltlos anerkennen. Welche gesamtdeutsche Regelung der evangelischen Militärseelsorge am Ende der Übergangszeit stehen wird, ist noch nicht ausgemacht. Es könnte aber durchaus dazu kommen, daß zwar der Militärseelsorgevertrag für die östlichen Gliedkirchen übernommen wird, gleichzeitig aber eine Mehrheit in der EKD für eine teilweise Revision des Vertrags votiert.

Wirtschaftsdenkschrift als Konfliktstoff

Bischof Kruse nannte nicht zufällig eine „umfassende erneute Klärung des Friedenszeugnisses der Kirchen und der Christen“ als eine der unausweichlichen Aufgaben für die jetzt konstituierte EKD-Synode. Der Evangelische Kirchenbund hatte 1984 eine förmliche „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ beschlossen und im Zusammenhang der Friedensdiskussion auch die Wehrdienstverweigerung als das deutlichere Zeichen christlichen Friedensengagements qualifiziert. Diese Positionen fanden und finden auch in westdeutschen Landeskirchen teilweise Zustimmung, während die EKD in ihrer Friedensdenkschrift von 1981 (vgl. HK, Dezember 1981, 603 ff.) die Abschreckung wie den Wehrdienst als christlich mögliche Optionen darstellte. Die eine wie die andere Position müssen sich jetzt nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und möglicher erweiterter Einsatzfelder für deutsche Streitkräfte neu legitimieren.

Für kontroverse Debatten in der gesamtdeutschen EKD dürfte auch die *Wirtschaftsdenkschrift* sorgen, die im

Herbst veröffentlicht und das Schwerpunktthema für die Synodaltagung von Bad Wildungen im November abgegeben wird. Sie wurde von der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung erarbeitet, die 1985 die Demokratie-denkschrift vorlegte (vgl. HK, Dezember 1985, 547 ff.). Damals gab es im Evangelischen Kirchenbund der DDR kritische Einwände, weil man von der eigenen Grundoption „Kirche im Sozialismus“ aus in der Denkschrift eine zu unkritische christliche Legitimierung der Demokratie westlichen Zuschnitts sah. Die Diskussion um die christliche Bewertung der sozialen Marktwirtschaft kann und muß jetzt unter den neuen Voraussetzungen des Wandels in Deutschland und in Europa geführt werden.

In seinem oben angeführten Vortrag über die Perspektiven für die evangelische Kirche in Deutschland resümierte Kirchenamtspräsident Löwe, die neue Evangelische Kirche werde in Anknüpfung an die im Osten und im Westen Deutschlands zurückgelegten Wege etwas noch nicht absehbar Neues werden, größer in der räumlichen Erstreckung, vielfältiger in regionalen Besonderheiten, verantwortlicher als Partner der katholischen Christenheit: „Aber wie sich auch die Staat-Kirche-Beziehungen gestalten mögen, ob wir klassische Volkskirche bleiben oder das volksskirchliche Erbe als Minderheit verwalten müssen, entscheidend ist, ob wir einander helfen, überzeugend von Gott zu reden und Jesus Christus zu lieben, das Sinnvakuum eines an sein Ende gekommenen Fortschrittsoptimismus auszufüllen, wach zu sein für die Nöte in der Welt und in unserer Nachbarschaft.“ Man wird sehen, ob die evangelische Kircheneinheit in der Bundesrepublik Impulse in dieser Richtung freisetzt. *Ulrich Ruh*

Entscheidende Probleme sind ungelöst

Die Philippinen ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen

Die Hoffnungen, die sich vor fünf Jahren mit dem Sturz des Marcos-Regimes auf den Philippinen verbanden, haben sich weithin nicht erfüllt. Unter der Präsidentschaft von Cory Aquino ist es nicht zu einem wirklichen Abbau der massiven sozialen Gegensätze gekommen, Korruption und politischer Mord sind immer noch auf der Tagesordnung. Die katholische Kirche des Landes sieht sich in „kritischer Solidarität“ mit der Regierung.

In Asien gelten Naturkatastrophen vielfach als Hinweis auf ernste Mißstände der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Länder, die davon betroffen sind. Wenn diese – oft als abergläubisch deklarierten – Vorstellungen zutreffen, muß es um die Philippinen schlecht bestellt sein, die seit einem Jahr durch verschiedene Naturkatastrophen häufig in den Schlagzeilen zu finden sind. Im Juli 1990 kam es zu einem schweren Erdbeben, bei dem das Epizentrum in Baguio, einem bekannten

Erholungsort 120 km nördlich von Manila, lag. Bei dieser Katastrophe wurden mehr als 1000 Menschen getötet und große Verwüstungen angerichtet. Im November desselben Jahres zog ein verheerender Taifun über einige philippinische Inseln und hinterließ große Verluste an Menschen und weitgehende Zerstörungen. Am 9. Juni dieses Jahres brach der Vulkan Pinatubo nach jahrhundertelanger Pause in mächtigen Eruptionen aus, die sich bis heute fortsetzen. Dabei wurden über 300 Menschen getötet, und 250 000 Menschen mußten evakuiert werden. Der Aschenregen erreichte weite Gebiete und beeinträchtigte den Flugverkehr in Manila. Der Ausbruch des Pinatubo könnte auch Einfluß auf die Verhandlungen um eine Verlängerung bzw. Änderung der Verträge über die amerikanischen Stützpunkte Clark Air Base bei Angeles City und Subic Naval Base in Olangapo haben, die beide im Einflußbereich des Pinatubo liegen und für die USA nicht mehr den gleichen Wert wie vor dem Ausbruch haben.

Die verschiedenen Katastrophen in den letzten Monaten werden vom einfachen Volk, aber auch von anderen Schichten der philippinischen Gesellschaft als „Strafe Gottes“ für die weitverbreiteten sittlichen Mißstände im Lande gesehen.

Politische Gefahren von links und rechts

Die letzten drei Jahre der Präsidentschaft von *Corazón Aquino* waren gekennzeichnet von politischer Instabilität. Die Reihe der versuchten „Coups d'état“ schien nie abzureißen. Auch wenn die bisher sechs Versuche ambitionierter Militärs, die politische Gewalt in ihre Hände zu bekommen, immer mehr oder weniger deutlich fehlschlugen, bedeuteten diese Ereignisse doch eine ständige Erosion der politischen Macht und Autorität der Präsidentin. Daß der letzte Versuch eines militärischen Umsturzes im Dezember 1989 nur durch eine massive Intervention der amerikanischen Luftwaffe unterdrückt werden konnte, hat der Regierung Aquino zusätzlich Sympathie gekostet. Es zeigte sich wieder einmal – für den nationalen Stolz der Filipinos zu deutlich –, wie stark der politische, wirtschaftliche und eben auch militärische Einfluß der USA immer noch ist. Bei der Reihe der Umsturzversuche wurde ebenfalls erschreckend deutlich, wie korrupt die philippinische Armee in ihrer Führung und den Mannschaften geworden ist, daß es schon ausreicht, mit einigen tausend US-Dollars zu winken, um ganze Truppenteile für einen Staatsstreich zu gewinnen.

Deutlich wurde ebenfalls, daß die Reformbewegung innerhalb der philippinischen Armee (Reform of the Armed Forces Movement = RAM), die einmal als treibende Kraft beim Sturz des Diktators Ferdinand Marcos galt, in der Zwischenzeit ebenfalls zu einer reaktionären Bewegung geworden war, bei der es nur um persönliche Vorteile bestimmter Cliques geht und der Einsatz für das „nationale Wohl“ nur Vorwand für eigennütziges Handeln ist. Leute wie Oberst *Gregorio* („Gringo“) *Honasan*, das Aushängeschild dieser Gruppe und nach seiner Verhaftung und Flucht so etwas wie ein „nationaler Held“, waren wohl nie die nationalen Idealisten, als die sie dargestellt wurden, sondern waren (oder wurden immer mehr) Vertreter einer rechtsradikalen Politik, die auf die Macht eines „starken Mannes“ setzt, um der nationalen Not ein Ende zu bereiten (vgl. *Critical Decade, Prospects for Democracy in the Philippines in the 1990s*, ed. *D. Famiano*, o. O. 1991, 4–24.). Andere Beobachter sprechen von einer erstaunlichen Wandlung innerhalb der Gruppe der RAM: Nach dem Umsturz in Osteuropa hätten sich einige aus der RAM mit Vertretern der Nationalen Demokratischen Front (NDF) getroffen und den Namen ihrer Bewegung in „Revolutionäre Allianz der Nationalisten“ umgeändert (vgl. *Critical Decade*, op. cit. 69).

Der Sturz des Marcos-Regimes hat die *linken politischen Kräfte* in den Philippinen zunächst stark verunsichert. Jahrelang hatten die in der Nationalen Demokratischen

Front (NDF) zusammengeschlossenen Kräfte den politischen und militärischen Widerstand gegen das Regime geleistet und diesen Widerstand oft mit ihrer Freiheit und ihrem Leben bezahlt. Die in der NDF zusammengeschlossenen Gruppen standen alle mehr oder weniger direkt unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP). Ihre Kampforganisation, die Neue Volksarmee (NPA), führte den militärischen Kampf, der ihr vorübergehend die Kontrolle in manchen Regionen einbrachte. Der tatsächliche Sturz des Marcos-Regimes ging aber eher auf bürgerliche Kräfte zurück und schien die Linke um die Frucht ihrer Anstrengungen zu bringen. Kennzeichnend für die Haltung der NDF blieb der Aufruf zum Boykott der Wahlen im Jahre 1986, bei denen Cory Aquino trotz der Wahlmanipulationen der Marcos-Regierung die Mehrheit gewann.

Am Prozeß der Neuordnung war daher die Linke nur sehr eingeschränkt beteiligt. In der Zwischenzeit hat sich ihre Lage aber wieder stark geändert. Der Regierung Aquino ist es über weite Strecken nicht gelungen, die von ihr versprochene Neuordnung – an herausragender Stelle die „Bodenreform“ – in die Tat umzusetzen. Das Versagen der Regierung im Blick auf die Reformen, gekoppelt mit einer von ihr teils geduldeten, teils auch nicht mehr kontrollierbaren Verfolgungsjagd auf „linke Elemente“ (die Selbstjustizaktionen der sog. „vigilantes“), hat die Kräfte der Linken wieder erstarren lassen. Schnelle Schlußfolgerungen, daß das Ende des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa weltweit das Ende des Sozialismus eingeläutet habe, gelten so lange nicht für die Philippinen, als die bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten und ungerechte Verteilung der Güter die Notwendigkeit einer radikalen Reform und Revolution einleuchtend machen.

Die „Neue Volksarmee“ – immer noch ein ernstzunehmender Machtfaktor

Die „Neue Volksarmee“ (New People's Army) wurde 1969 gegründet und hatte gegen Ende der Ära Marcos nach eigenen Angaben einen Stamm von 30 000 Kämpfern, die in unterschiedlicher Organisationsstruktur und Schlagkraft überall im Lande präsent waren. Nach der Regierungsübernahme durch Cory Aquino kam es Ende 1986 zu einem sechzig-tägigen Waffenstillstand mit der Regierung, während dessen es zu vielen formellen und informellen Begegnungen zwischen den verfeindeten Gruppen kam. Die blutige Niederwerfung einer Bauerndemonstration in Manila am 27. 1. 1987, als Soldaten mit Waffengewalt eine Delegation der Bauern vor dem Präsidentenpalast Malacanang stoppten, bedeutete den Abbruch dieser Initiative für einen Frieden. Die NPA zog sich wieder „in die Berge“ zurück, und der bewaffnete Kampf ging weiter. Eine Verschärfung der Auseinandersetzungen wurde durch das Auftreten antikommunistischer Selbstverteidigungsgruppen, der sog. „vigilantes“, erreicht, die, von den besitzenden konservativen Gruppen

mit Waffen versorgt, einen primitiven Antikommunismus durch Verfolgung, Folterung und Tötung tatsächlicher oder vermeintlicher Kommunisten praktizierten. Viele der auf grausame Weise getöteten Opfer kamen und kommen aus den Kreisen der christlichen Basisgemeinden und Aktionsgruppen, die sich für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen und dabei die sozialen Mißstände beim Namen nennen. Es hat Präsidentin Aquino sehr geschadet, daß sie sich anfangs positiv für diese Gruppen ausgesprochen hat, die sich inzwischen immer deutlicher als „Todesschwadronen“ entpuppten.

Inzwischen haben kirchliche Menschenrechtsorganisationen auf den Philippinen und Amnesty International das grausame Morden dieser Gruppen angeklagt und erreicht, daß im Juli 1988 die Auflösung der „vigilantes“ durch die Regierung Aquino angeordnet wurde. Nach Angaben von „Task Force Detainees“, einer katholischen Menschenrechtsorganisation, belief sich die Zahl der unter der Regierung Aquino in politischen Kämpfen umgebrachten Zivilisten im Dezember 1988 schon auf 1402, d. h. mehr als in einem vergleichbaren Zeitraum unter Marcos. Menschenrechtsverletzungen werden begangen von philippinischen Militärs und den verschiedenen Selbstverteidigungsorganisationen der antikommunistischen Rechten. Auf der anderen Seite hat sich auch die NPA viele Menschenrechtsverletzungen in ihren Kampfhandlungen zuschulden kommen lassen. Neben Fällen von exzessiver Gewalt gegen ihre Gegner ist sie bei Säuberungskampagnen in den eigenen Reihen nicht eben zimperlich mit tatsächlichen oder vorgeblichen „Verrätern“ umgegangen.

Das Problem der amerikanischen Stützpunkte

Formell gilt, daß das gegenseitige Abkommen zwischen den USA und den Philippinen am 16. September 1991 auslaufen wird. Danach müßten die Amerikaner mit dem Abbau ihrer militärischen Präsenz beginnen, wenn nicht vorher ein Übereinkommen erzielt wird. Gegenwärtig sieht es danach aus, daß die „Anti-Stützpunkt-Koalition“ (Anti-bases Coalition) im Senat so viel Unterstützung findet, daß die von der Verfassung geforderte Zweidrittelmehrheit für einen neuen Vertrag dort nicht zustande kommen wird. Die Regierung Aquino sieht daher keine Chance, ein neues Abkommen über eine fortdauernde Stationierung der US-Truppen auch unter verbesserten Bedingungen in den dafür vorgesehenen politischen Gremien durchzubringen. Wahrscheinlich wird sie versuchen, die Angelegenheit über eine Volksbefragung „lösen“ zu lassen, wobei sie sich gute Chancen ausrechnet, eine Zustimmung unter der Bevölkerung für eine verbesserte Übereinkunft zu erhalten.

Die Frage der militärischen Stützpunkte und die Art und Weise, wie sie gelöst werden wird, stellen einen Test für die „besonderen Beziehungen“ zwischen den USA und den Philippinen dar. Trotz 40 Jahren Unabhängigkeit sind

die Philippinen auch weiterhin in einem ganz erheblichen Maß von den USA abhängig geblieben. Dies zeigt sich am stärksten in den engen Beziehungen zwischen amerikanischem und philippinischem Militär, die die Frage aufkommen lassen, inwieweit eine demokratisch getroffene Entscheidung gegen die Stützpunkte hingenommen und ausgeführt würde.

Durch den Zerfall des *sowjetischen Machtpotentials in Südostasien* – die UdSSR hat sich aus Afghanistan zurückgezogen und ihren Flottenstützpunkt Cam Rahn Bay in Vietnam aufgegeben – sind die meisten Gründe für eine starke Militärpräsenz der USA in den Philippinen eigentlich hinfällig geworden. Das neue Argument lautet daher auch eher: „Die Russen sind erledigt, aber die Dritte Welt steht jetzt an“, d. h., an die Stelle der russischen Bedrohung ist in den Augen vieler maßgeblicher Strategen im Pentagon die Verschärfung des Konflikts zwischen der „Ersten“ und der „Dritten Welt“ getreten. Bei dieser möglichen neuen Form von Auseinandersetzungen würden die Stützpunkte auf den Philippinen neue „strategische Bedeutung“ bekommen. Die philippinischen Bischöfe haben sich in der Frage der Militärstützpunkte bisher ziemlich zurückgehalten. Für sie – vgl. das Interview von Bischof *Francisco Claver* (Asia Focus, 10. 3. 90, 8) – liegt das Problem vor allem darin, für die jetzt auf den Stützpunkten beschäftigten 60 000 Menschen neue Arbeitsplätze zu finden.

Unter Fachleuten wird die Frage kontrovers debattiert, inwieweit sich die Philippinen auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilität und Gesundheit befinden oder ob der Abwärtstrend nicht doch weitergeht, der die Marcos-Jahre bestimmt hat. Die von der einen Seite angeführten Statistiken sprechen von einem Wachstum der ausländischen Investitionen um 125 Prozent in den letzten 5 Jahren, von einer Senkung der Rate der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze liegt, von 59 Prozent auf 49 Prozent innerhalb eines Jahres, von der Entwicklung von einem Minus-Wachstum des Bruttosozialprodukts von –10 Prozent vor 1986 zu Wachstumsraten von 6–7 Prozent in den letzten Jahren. Diese Angaben werden von anderen bestritten und als Schönfärberei der Regierung abgetan. Es könne noch lange keine Rede davon sein, daß die Philippinen zu den „neuen industrialisierten Ländern“ gezählt werden könnten, also etwa auf der gleichen Ebene mit Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea zu sehen seien. Im Gegenteil, trotz wesentlich besserer Startbedingungen seien die Philippinen immer mehr hinter diese Länder zurückgefallen.

Bemühungen um Landreform gescheitert

Für viele Beobachter liegt das entscheidende Versagen der Aquino-Regierung auf dem Gebiet der *Landreform*. Trotz einiger zaghafter Versuche hat es die Regierung hier am politischen Geschick und Durchsetzungsvermögen fehlen lassen, so daß die Bemühungen um eine wie immer

geartete Landreform letztlich alle gescheitert sind. Zum Teil hat dies sicher auch mit der philippinischen Mentalität zu tun, die geformt ist vom Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Patron (dem großen Landbesitzer), der für seine Leute nicht nur Arbeitgeber ist, sondern auch so etwas wie eine Vaterfigur darstellt. Bei Abstimmungen auf den großen Haciendas, z. B. der 6000 Hektar umfassenden Hacienda „Luisita“ der Familie von Präsidentin Aquino, hat sich die Mehrheit der Landarbeiter für die Beibehaltung der alten Ordnung entschieden, weil sie sich vor der Selbständigkeit und den damit gegebenen Risiken fürchtete.

Die Ereignisse des Golfkriegs hatten starke Auswirkungen für die vielen philippinischen *Gastarbeiter* in den verschiedenen Golfstaaten, die von einem Tag zum anderen ihre Arbeit verloren haben und in großer Zahl den Nahen Osten verlassen mußten. Sie vergrößerten die ohnehin nicht kleine Schar der Arbeitslosen. Darüber hinaus bedeutete diese Entwicklung auch einen starken Rückgang an ausländischen Devisen, die über im Ausland verdienende Filipinos für die philippinische Wirtschaft zu einem festen Faktor geworden waren. Nach offiziellen Angaben kamen über die im Ausland arbeitenden Filipinos im Jahre 1990 mehr als 920 Millionen US-Dollars in die Philippinen.

Eine andere Quelle für ausländische Devisen sind die zahlreichen Filipinas, die als Haushaltshilfen in Hongkong (ca. 50 000), Singapur (5000), Malaysia (5000) und als „Unterhaltungskünstlerinnen“ (entertainers) in Japan (über 50 000) tätig sind. Vor allem in Japan werden die Filipinas nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sexuell ausgebeutet. Seit einiger Zeit bemühen sich philippinische Ordensschwwestern darum, eine internationale Zusammenarbeit mit anderen weiblichen Ordensgemeinschaften in den betroffenen Ländern Südostasiens zustande zu bringen (vgl. Asia Focus, 26. 6. 91, 5). Einen herausragenden Platz unter den für die Rechte der philippinischen Frauen kämpfenden Organisationen hat sich GABRIELA erworben. 1984 wurde diese Vereinigung von Frauen, die für Reform, Integrität, Gleichheit und Rechte der Frau kämpfen, von katholischen und protestantischen Frauenorganisationen gegründet. GABRIELA hat z. B. die sexuelle Ausbeutung der philippinischen Frauen auf den amerikanischen Stützpunkten angeprangert. In Olangapo hat sie in der Nachbarschaft des Stützpunktes Subic Bay das Buklod Centre errichtet, um durch Beratung und konkrete Hilfen den Frauen den Ausstieg aus dem Milieu der Prostitution zu ermöglichen. Geleitet wird GABRIELA von der Benediktinerin Sr. *Mary Mananzan*, die Soziologie im Scholastica College in Manila unterrichtet, einer bekannten Bildungsanstalt, die auch Cory Aquino zu ihren Absolventinnen zählt.

Umweltschäden durch Abholzung

Eines der größten Probleme für die Bewahrung der Umwelt in den Philippinen – wie in vielen anderen Ländern Südostasiens – ist die Abholzung des Waldbestandes.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts waren 55 % der Landfläche in den Philippinen von Wald bedeckt, 70 % davon waren Urwald. 1982 hatte sich der Bestandteil des Waldes an der Bodenfläche der Philippinen auf 22 % verringert und der Anteil des Urwaldes am Waldbestand war auf 30 % gefallen. Es wird befürchtet, daß bis zum Jahr 2000 der Urwaldbestand ganz vernichtet sein wird. Das staatliche Büro für die „Waldbewahrung“ – Zyniker nennen es auch das Büro für „Waldzerstörung“ – war zu Zeiten des Marcos-Regimes für seine Korruptionsaffären bekannt. Die Konzessionen für Waldeinschlag gingen vornehmlich an japanische Firmen, sie beinhalteten zwar eindeutige Verpflichtungen für die Wiederaufforstung, die aber nur zu einem ganz geringen Teil – man spricht von 10 % – erfüllt wurden. Sehr viel hat sich nach dem Sturz von Marcos nicht geändert. Man hört auch weiterhin von Korruption und von der Verfolgung von Personen, die sich gegen diese Praktiken der Umweltschädigung wenden. Die ersten Leidtragenden der fehlenden bzw. verfehlten, weil nicht durchgeführten Waldbewahrungspolitik sind die Angehörigen der Stammesbevölkerung, die ihre Existenzgrundlage ohne Entschädigung verlieren. Ähnliche Mißstände gibt es beim *Fischfang*, wo die kleinen Fischer keine Chance gegenüber den ausländischen (überwiegend japanischen) großen Fischfangflotten haben, die mit großen Schleppnetzen die Fischgründe leerfischen. Bedroht sind ebenfalls die vielen Korallenstrände der philippinischen Inseln, die Laichgründe für die meisten Fischarten sind. Die neue Fischkultur von großen Firmen zerstört ebenfalls die Mangrovenwälder und schädigt damit nachhaltig die Umwelt.

Kirche in „kritischer Solidarität“ mit der Regierung

Die nächste *Präsidentenwahl* findet 1992 statt. Offiziell hat der Wahlkampf noch nicht begonnen, die Presse wird aber nicht müde, potentielle Kandidaten zu nennen, die sich schon selber zu solchen erklärt haben – wie z. B. der jetzige Parlamentssprecher *Ramón Mitra* – oder darauf warten, daß andere dies für sie tun. Kardinal Sin ertete Kritik von vielen Seiten, als er sich für eine Präsidentschaftskandidatur von *Oscar Orbos* einzusetzen schien, der als Kabinettschef von Präsidentin Aquino als möglicher Nachfolger gehandelt wird. Sicher scheint zu sein, daß Frau Aquino selber nicht wieder kandidieren wird. Als weibliche Kandidatin wird die ehemalige Landwirtschaftsministerin *Miriam Santiago* genannt, die bei Umfragen gut abschneidet. Bei philippinischen Wahlen geht es gewöhnlich immer in erster Linie um Personen und bestimmte Gruppen, die sie stützen, und weniger um politische Programme und Inhalte. Analytiker der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in den Philippinen sprechen daher etwas verächtlich davon, daß die kommenden Wahlen letztlich genauso unbedeutsam sein werden wie die Wahl einer Fiesta-Königin für ein Volksfest in irgendeinem philippinischen Barrio. Damit soll gesagt sein, daß gegenwärtig keine politische Kraft in Sicht ist,

die die großen strukturellen Probleme der Philippinen ernsthaft angehen und ändern könnte.

Die Bevölkerung der Philippinen beträgt (Stand 1989) 57 Millionen, von denen 46,7 Millionen Katholiken sind. Gegenwärtig gibt es 66 Diözesen und 11 Prälaturen bzw. Apostolische Vikariate, die von 120 Bischöfen verwaltet werden. Die Gesamtzahl der Priester beträgt 5572, davon sind 3407 Diözesan- und 2165 Ordenspriester. Die Zahl der Ordensschwester liegt bei 9231. Seit zwanzig Jahren gibt es *christliche Basisgemeinden* (Basic Christian Communities) in den Philippinen, die in einer Reihe von Diözesen das Erscheinungsbild und die Arbeitsweise der katholischen Kirche verändert haben. Besonders in Mindanao haben sich die Basisgemeinden auf dem Sektor der Sozialarbeit und der Bewußtseinsbildung eingesetzt und zur Entstehung verschiedener Aktionsgruppen für mehr soziale Gerechtigkeit beigetragen. Einige dieser Gruppen sind in ihrem Verständnis von Basisarbeit in Konflikt mit den Bischöfen geraten. So ist aus ehemaligen Basisgemeinden die „Mindanao Interreligiöse Volksorganisation“ (Mindanao Interfaith People's Conference) hervorgegangen, in der Christen mit Muslimen und Angehörigen der Stammesbevölkerung zusammenarbeiteten. In den Jahren nach dem II. Vatikanischen Konzil ist das Bewußtsein für die missionarische Verantwortung in der philippinischen Kirche stark gewachsen. Fast 900 Missionskräfte aus den Philippinen (200 Priester und fast 700 Ordensschwester) sind in einigen Ländern Afrikas, in Lateinamerika, Ozeanien sowie in Indonesien, Taiwan, Thailand, Südkorea, Hongkong und Japan tätig.

Die vierwöchige *Plenarversammlung* (Second Plenary Council of the Philippines), die vom 20. Januar bis zum 17. Februar 1991 in Manila abgehalten wurde, bekam seitens der beteiligten Bischöfe, aber auch der mitarbeitenden Laien, sehr gute Kritiken. Es war ein echter Lernprozeß für die zahlreichen Bischöfe, die in dieser Zeit – wie z. B. Bischof *Teodoro Bacani* (Manila) sagte – sehr viel von den Laien gelernt hätten. Eher störend wirkten die kirchenrechtlichen Vorschriften, nach denen die vorbereiteten und später erarbeiteten Papiere in Rom zur Zensur vorgelegt werden mußten. Die Vollversammlung hatte das Ziel, die Weichen für die zukünftige kirchliche Arbeit zu stellen. Zentrales Anliegen bei den Beratungen zum Thema direkte Pastoralarbeit war die verstärkte Aufmerksamkeit für die kirchlichen Basisgemeinden. Über die Grenzen der Philippinen hinaus wurde das starke Bekenntnis zu einer „Kirche der Armen“ zur Kenntnis genommen – eine Option, die für die gesamte Kirche in allen Bereichen ihrer Tätigkeit zum Tragen kommen soll, auch wenn dies „Entfremdung von den Reichen“ und „Verfolgung durch die Mächtigen“ bedeuten kann (vgl. *Asia Focus*, 27. 2. 91).

Wie groß der Einfluß der katholischen Kirche auf die Politik der Philippinen ist, hatten 1986 der *Hirtenbrief* der Bischofskonferenz zur versuchten Wahlfälschung und der Radioaufruf von Kardinal Sin, die zusammen zum Erfolg der Rosenkranz- oder EDSA-Revolution erheb-

lich beitrugen, deutlich gemacht. Nach einer Phase der starken Nähe zur Regierung Aquino sind die Bischöfe inzwischen immer deutlicher auf Distanz gegangen und bezeichnen ihr Verhältnis zur Regierung gegenwärtig als das einer „kritischen Solidarität“, nachdem sie einige Zeit von „kritischer Kooperation“ gesprochen hatten. Im September 1990 veröffentlichte die Philippinische Bischofskonferenz eine Erklärung zum Problem der *Auslandsverschuldung*, die aus dem „Bewußtsein der schweren wirtschaftlichen Leiden“ des Volkes verfaßt wurde (dt. Text in: *Kath. Missionen* 1/91, 23–26). Die Schuldenkrise wird darin als eine „Katastrophe von Menschenhand“ und als ein „moralisches Problem“ bezeichnet, das nur im Kontext einer internationalen Solidarität gelöst werden könne. Bei einer Schuldenlast von jährlich 3,2 Milliarden US-Dollar und einer Schuldenlast in einer Gesamthöhe von 27 Milliarden US-Dollar (40 Prozent des Jahresbudgets der Philippinen) könnten sich die Philippinen aus eigener Kraft nicht aus dem Teufelskreis von Neuverschuldung, Schuldendienst und Umschuldung befreien. Kritisch weisen die Bischöfe in ihrer Erklärung darauf hin, daß die Philippinen diese internationale Solidarität nur fordern können, wenn die Korruption im eigenen Land und die sozialen Ungerechtigkeiten bei der Güterverteilung abgebaut werden.

Bemühungen um den Dialog mit dem Islam

Die *protestantischen* Kirchen sind in ihrer Mehrzahl im Nationalen Kirchenrat der Philippinen (NCCP) zusammengeschlossen, dem zehn Mitgliedskirchen mit etwa 5 Millionen Gläubigen angehören. Diese ökumenisch offenen Kirchen haben in der Marcos-Ära und danach in Fragen der Menschenrechte, Einsatz für menschlichere Entwicklung und Kampf gegen die Armut mit entsprechenden katholischen Gruppierungen zusammengearbeitet. Unter den protestantischen Organisationen gibt es aber auch *fundamentalistische Gruppen und Sekten*, die einen eifrigen, aber wenig erleuchteten Proselytismus betreiben. Hier ist der Einfluß nordamerikanischer Sekten und entsprechenden Kapitals sehr stark spürbar. Unter diesem nordamerikanischen fundamentalistischen Einfluß steht auch die 1915 von *Felix Manalo* gegründete „Kirche Christi“ (Iglesia ni Kristo), zu der etwa 1 Million Anhänger gehören, die über die ganze Inselwelt der Philippinen verstreut leben. Sie grenzt sich gegenüber der katholischen Kirche sehr stark ab. Den fundamentalistischen Gruppierungen gemeinsam ist ein konservativer Grundzug, gepaart mit einem starken Antikommunismus, Einstellungen, die sie gegenüber allen auf Veränderung in der Gesellschaft zielenden Aktivitäten mißtrauisch machen. Einen eher nationalen Charakter hat die „Unabhängige Kirche der Philippinen“ (Iglesia Filipina Independente), die 1902 von *Gregorio Aglipay*, einem ehemaligen katholischen Priester, gegründet wurde und heute etwa 4 Millionen Anhänger zählt.

Die katholische Kirche der Philippinen hat unter allen asiatischen Ortskirchen einen besonderen Charakter, weil die Philippinen das einzige Land in Asien sind, in dem die Christen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellen. Das Anliegen des interreligiösen Dialogs, das sonst überall in den asiatischen Ortskirchen einen so wichtigen Platz einnimmt, hat in den Philippinen lange eine bescheidene Nebenrolle gespielt. Das Verhältnis zu der einzigen zahlenmäßig bedeutenden religiösen Minderheit, den *Muslimen*, war lange bestimmt durch die Geschichte der feindlichen Auseinandersetzungen, in denen zunächst die Spanier und dann die katholische philippinische Regierung versucht hatten, die Muslime, immer verächtlich „*moros*“ genannt, doch noch zu unterwerfen. Dabei waren die Muslime schon fast hundert Jahre auf den Philippinen präsent und hatten Konvertiten gewonnen, als die ersten Spanier im 16. Jahrhundert auf den Inseln auftauchten. Heute leben die meisten Muslime auf der südlichen Insel Mindanao und haben ihr Zentrum in der Gegend um Marawi und auf der Insel Jolo. Ihre Zahl beläuft sich auf 3 Millionen, die sich aus verschiedenen Stämmen, vorrangig den Maranao, rekrutieren. Seit Anfang der 70er Jahre haben die kriegerischen Auseinandersetzungen der „Moro National Liberation Front“ (MNLF) mit der Zentralregierung in Manila auch internationales Interesse geweckt. Der libysche Einfluß, konkret die finanzielle und logistische Unterstützung des bewaffneten Widerstandes durch Gaddafi, wurde deutlich, als

1976 in Tripolis eine Übereinkunft der philippinischen Regierung mit der MNLF unter *Nur Misuari* geschlossen wurde, das den Muslimen in den 13 südphilippinischen Provinzen bestimmte Formen einer autonomen Selbstverwaltung zubilligte. Die Umsetzung dieser Beschlüsse ist bisher allerdings nicht gelungen.

Bemühungen, die *christlich-islamischen Beziehungen* zu verbessern, gibt es seit einigen Jahren seitens christlicher Gruppen in verstärktem Maß. Auf protestantischer Seite machte sich Pastor *Peter Gowing* aus den USA verdient, der das nach seinem Tod nach ihm benannte Institut in Marawi gründete, das sich historischen Forschungen und populären Schulungskursen für den christlich-islamischen Dialog widmet. Auf katholischer Seite war der herausragende Pionier einer christlich-islamischen Verständigung Bischof *Benvenido Tuddud*, der sich als Bischof der kleinen Diözese Marawi mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit für dieses von ihm als zentral erkannte Anliegen einsetzte. Sein früherer Tod im Jahre 1987 hat viele Menschen bewegt und dadurch für den interreligiösen Dialog aufgeschlossen. Der Bischof von Iligan, *Fernando Capalla*, hat sich als Apostolischer Administrator von Marawi das Anliegen des christlich-islamischen Dialogs zu eigen gemacht. In Zamboanga besteht seit einigen Jahren das Begegnungszentrum „*Silsilah*“, das durch Schulungsarbeit, Zeitschriften und Buchpublikationen eine sehr gute Arbeit in der Zusammenführung von Muslimen und Christen leistet.

Georg Evers

Kurzinformationen

Johannes Paul II. schaltet die Bischöfe in die Vorbereitung des geplanten Dokuments über den Schutz des Lebens ein

Beim außerordentlichen Konsistorium von Anfang April (vgl. HK, Mai 1991, 205 ff.) äußerten die Kardinäle den Wunsch, der Papst solle „feierlich in einem Dokument... die beständige Lehre der Kirche über den Wert des menschlichen Lebens und seine Unberührbarkeit im Licht der aktuellen Umstände und der es heute bedrohenden Angriffe bekräftigen“. Am 25. Mai wandte sich Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* im Auftrag des Papstes mit einem Schreiben an alle Bischöfe, das fünf Fragen zu Abtreibung und Euthanasie enthält. Antworten auf diesen Fragekatalog wurden bis Ende September erbeten. Am 18. Mai hatte Johannes Paul II. einen Brief an alle Bischöfe gerichtet, der nochmals zum *kompromißlosen Einsatz der Kirche für den Schutz des Lebens* aufruft. Die Referate und Beratungen des Konsistoriums hätten ein erschreckendes Bild ergeben; besonders besorgniserregend sei die Tatsache, „daß das moralische Gewissen sich ängstlich zu verfinstern scheint und immer träger darin wird, auf die klare und offene Unterscheidung zwischen Gut und Böse hinzuweisen bezüglich dessen, was den

fundamentalen Wert des menschlichen Lebens betrifft“. Gesetze und staatliche Regelungen, so der Papst, machten diese Verfinsternung nicht nur offenbar, sondern trügen auch noch zu ihrer Verstärkung bei: „Denn wenn die Parlamente Gesetze beschließen, die zur Tötung von Unschuldigen berechtigen, und wenn der Staat seine Mittel und Strukturen in den Dienst dieser Verbrechen stellt, wird oft das ungenügend gebildete Gewissen des einzelnen leichter für den Irrtum anfällig.“ Die Kirche wende sich an Gläubige und Nichtgläubende in der Überzeugung, „daß das Geschenk des Lebens ein solch hohes Gut darstellt, das in seiner Bedeutung von jedem erfaßt und geschätzt werden kann, auch im Licht der einfachen Vernunft“. Johannes Paul II. bittet die Bischöfe um Hilfe und Mitarbeit angesichts der schweren Herausforderung, „die sich durch die aktuellen Angriffe und Bedrohungen gegenüber dem menschlichen Leben ergibt“. – In einem Beitrag für die Wochenzeitung „Die Furche“ würdigte der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl* die römische Vorgehensweise bei der Erarbeitung des geplanten Dokuments zum Thema Lebensschutz als *positives Beispiel der Mitverantwortung aller Bischöfe*. Gleichzeitig äußerte Krätzl die Sorge, in dem geplanten Dokument könne es